

Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark.
Kontokonto: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89
Kassaburger Bank e.G.m.b.H., Niederl. Laasphe

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt“
Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und kleine Anzeigen . . . 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
Postkontos Nr. 404 49 Amt Rblm. -:

Nummer 239

Fernsprecher Nr. 1

Laasphe, Dienstag den 13. Oktober 1931

56. Jahrgang

Der Kampf beginnt.

Zum Wiedezusammentritt des Reichstages.

Wer abergläubisch ist, mag aus der Tatsache, daß der Reichstag ausgerechnet am 13. Oktober wieder zusammentritt pessimistische Schlüsse ziehen für das Schicksal des zweiten Kabinetts Brüning. Aber auch wer die Dinge rein verstandesmäßig betrachtet, erkennt den Ernst der Lage.

Dies ist die Situation: Die Parteien der Rechtsopposition, die in diesem Frühjahr aus dem Reichstage ausmarschiert waren und keine Beratungen nicht mehr mitgemacht hatten, werden jetzt nach dem Wiedezusammentritt des Reichstages, sich an dessen Sitzungen wieder beteiligen und einen Generalangriff auf die Reichsregierung unternehmen. Die Umbildung des Kabinetts Brüning hat somit — wie vorausgesehen war — die parlamentarische Lage der Regierung keineswegs erleichtert. Nach dem Beschluß der gemeinsamen Tagung der Rechtsopposition in Bad Harzburg soll der Generalangriff gegen das zweite Kabinett Brüning damit beginnen, daß im Reichstag zunächst vier Anträge eingebracht werden. Erstens ein Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung: „Der Reichstag entzieht der Reichsregierung das Vertrauen.“ Zweitens ein Antrag auf Reichstagsauflösung: „Der Reichspräsident wird ersucht, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auf Sonntag, den 8. November, auszusprechen.“ Drittens ein Antrag auf Aufhebung der Rotverordnungen: „Der Reichstag beschließt die Aufhebung sämtlicher Rotverordnungen des Reichspräsidenten, die seit der Vertagung des Reichstages erlassen worden sind.“ Viertens ein Antrag, der verlangt, daß die Zahlung der Reichszuschüsse für die Polizeikosten in Preußen mit dem 31. Oktober 1931 eingestellt wird.

Um die Aussichten der ganzen Aktion richtig zu beurteilen, sieht man sich am besten wieder einmal die Stärkeverhältnisse der Reichstagsfraktionen an. Unbedingt sichere Faktoren in der Rechnung der Opposition sind die 107 nationalsozialistischen und die 41 deutschen nationalen Abgeordneten. Es kommen dazu von der Linken die 78 Kommunisten und wohl auch die 6 Abgeordneten, die aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschieden sind und die Sozialistische Arbeiterpartei ins Leben gerufen haben. Das wären insgesamt 232 sichere Stimmen für die Opposition. Nun werden aber außerdem noch eine ganze Reihe weitere Stimmen für die Oppositionsankträge abgegeben werden. Die Deutsche Volkspartei, deren Reichstagsfraktion 30 Mitglieder stark ist, will, wie man weiß, jetzt ebenfalls zur Opposition abwechseln, nachdem sie bisher Regierungspartei war. Ihre Stimmen werden aber nicht einheitlich abgegeben werden, man kann vielmehr annehmen, daß etwa 20 ihrer Fraktionsmitglieder gegen die Regierung stimmen werden, ob die restlichen 10 für das Kabinett Brüning sind, oder sich nur der Stimme enthalten, läßt sich noch nicht genau übersehen. Dagegen ist sicher, daß auch ein Teil der 22 Abgeordneten starken Fraktion der Wirtschaftspartei mit der Opposition stimmen wird, ebenso die aus der Landvolkgruppe, die ursprünglich 22 Mitglieder stark war, ausgeschiedenen Abgeordneten. Man kann somit mit etwa insgesamt 250 Stimmen für die Oppositionsankträge rechnen, aber diese Rechnung ist natürlich einigermassen willkürlich, weil man, wie bereits erwähnt, noch nicht voraussagen kann, wie sich alle Gruppen bei der Abstimmung verhalten werden.

Und nun zur anderen Seite, also auf die Seite des Reichskabinetts. Hier sind unbedingt sichere Faktoren nur das Zentrum mit 68, die Deutsche Deutsche Staatspartei mit 16, der Christlichsozialen Volksdienst mit 14, die Deutsche Bauernpartei mit 6 und die Konservative Volkspartei mit 4 Vertretern. Wahrscheinlich wird auch die Bayerische Volkspartei mit ihren 14 Abgeordneten für die Regierung stimmen. Möglicherweise werden auch die 6 Stimmen der Volksnationalen (Lundg.) gegen die Opposition abgegeben werden. Zusammen sind das nur 113 Stimmen — die Reichsregierung braucht also unter allen Umständen zunächst noch die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion. Ursprünglich war diese 143 Mitglieder stark. Sieben davon sind ausgeschieden (ein Abgeordneter zu den Kommunisten, 6 zur Sozialistischen Arbeiterpartei). Selbst wenn die 136 sozialdemokratischen Stimmen ausnahmslos für die Regierung abgegeben werden, sind es insgesamt erst 249 Stimmen. Man sieht, daß die Entscheidung wirklich auf Spitz und Knopf steht. Es wird sich fragen, wieviele Abgeordnete von der Deutschen Volkspartei, von der Wirtschaftspartei, von der Landvolkgruppe und anderen kleineren Fraktionen für die Anträge der Opposition und wieviele aus all diesen Gruppen dagegen stimmen. Der Ausgang der Abstimmung und somit auch das Schicksal des zweiten Kabinetts Brüning ist somit noch durchaus unsicher.

Der Reichstagsantritt ist, wie aus Berlin gemeldet wird, entschlossen, den Kampf aufzunehmen. Er wird in der ersten Reichstagsitzung am Dienstag eine programmatische Erklärung abgeben. Dann beginnt die allgemeine Aussprache darüber und die Aussprache über die von der Opposition eingebrachten Anträge. Darüber werden mehrere Tage hingehen. Die entscheidende Abstimmung wird für Freitag dieser Woche erwartet. Man sieht ihr nicht nur in Deutschland selbst, sondern, wie die Nachrichten aus allen übrigen Hauptstädten zeigen, auch im Auslande mit unausgebreiteter Spannung entgegen.

Aufmarsch der Parteien

Das große Rätselraten — Freitag Entscheidung

Im Reichstagsgebäude, das seit über einem halben Jahr verödet war, herrscht jetzt wieder geschäftiges Treiben. Am Montag wurden als Auftakt zu der großen Parlamentsschlacht, die am Dienstag beginnen soll, zahlreiche Fraktionsitzungen abgehalten. Um in dem kriegerischen Bilde zu bleiben: die Schlachtfrenten formieren sich. Das Zentrum, die Deutschnationalen, die Wirtschaftspartei, der Christlich-Soz. Volksdienst und die Bayerische Volkspartei tagten in ihren Fraktionen, um die politische Lage zu besprechen. Ferner war die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verammelt, deren Stellungnahme noch Lage der Dinge eine besondere Bedeutung zukommt. Selbstverständlich nimmt bei den Beratungen aller Parteien die Stellungnahme zu der am Sonntag in Bad Harzburg stattgefundenen Tagung der Rechtsopposition einen breiten Raum ein.

Montagnachmittag 5 Uhr trat der Vortragsrat des Reichstages zusammen, um die Tagesordnung der ersten Plenarsitzung zu bestätigen und die Redezeiten festzulegen. Die Dauer der bevorstehenden Reichstagsagung ist noch unbestimmt. Die Regierung möchte den Reichstag möglichst schon nach einigen Tagen wieder heim schicken. Ob sich das wird erreichen lassen, wird sich erst in einigen Tagen zeigen.

Was wird werden?

Wie man sich denken kann, hat in parlamentarischen Kreisen bereits ein lebhaftes Rätselraten über den

Zur Harzburger Tagung.



Der deutschnationale Führer Geheimrat Hugenberg.



Der Führer des Stahlhelm, Franz Seldte.



Der Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler

voraussichtlichen Ausgang der Reichstagsverhandlungen eingesetzt. Das Ergebnis läßt sich noch in keiner Weise voraussagen: Wenn die 136 Sozialdemokraten geschlossen für die Regierung stimmen und wenn Volkspartei und Wirtschaftspartei der Parole gegen die Regierung nicht durchweg folgen, wäre eine kleine Mehrheit für Brüning möglich.

Man weiß aber, daß bei den Sozialdemokraten sich die Opposition gegen die Haltung der Parteiführung nicht nur auf die sieben Abgeordneten beschränkt, die aus der Fraktion ausgeschieden sind, sondern daß ein weiterer Teil der Fraktion bei früheren Abstimmungen seiner abweichenden Auffassung dadurch Ausdruck gegeben hat, daß er sich an der Abstimmung nicht beteiligte. Man wird also auch auf die 136 Sozialdemokraten nicht voll rechnen können.

Ueber die Dispositionen für die Dienstsitzung des Reichstages, die um 3 Uhr nachmittags beginnen wird, wird bekannt, daß nur die Regierungserklärung entgegengenommen werden soll. Alsdann soll die Sitzung auf Mittwoch vertagt werden. Die Aussprache, die dann am Mittwoch beginnt, wird voraussichtlich am Freitag geschlossen werden, so daß die entscheidenden Abstimmungen für Freitag zu erwarten sind. Ob dieser Termin eingehalten werden kann, steht freilich noch nicht fest. Nach den Beschlüssen des Vortragsrates soll die Aussprache am Mittwoch 12 Uhr mittag beginnen. Bezüglich der Redezeit wurde vereinbart, daß von jeder Fraktion drei Redner je eine Stunde sprechen dürfen. Sämtliche auf dem Gebiete der Innen- und Außenpolitik gestellten Anträge werden mit der Aussprache verbunden. Ein Antrag der Reichsrunderfunk-Gesellschaft, die Rede des Reichstagspräsidenten durch Rundfunk zu übertragen, wurde abgelehnt, nachdem sich die Vertreter der Deutschnationalen und der Kommunisten dagegen erklärt hatten.

Der Reichstagsantritt will eine Entscheidung.

Wie mitgeteilt wird, nahm in der Fraktionsitzung des Zentrums erneut Reichstagspräsident Dr. Brüning das Wort. Er gab einen ausführlichen Bericht über die gesamte innen- und außenpolitische Lage, die Weltlage und vor allem die Weltwirtschaftskrise und ihre Zusammenhänge.

Er wies dabei auf den großen Ernst der Stunde hin und schloß seine Ausführungen mit der Forderung, daß die Entscheidung des Parlaments in dieser politisch schweren und bedeutsamen Stunde unbedingt herbeigeführt werden müsse, falls sie aus, wie sie wolle.

Nach einigen zustimmenden Erklärungen aus der Mitte der Fraktion sprach dann die Fraktion durch den Mund ihres Vorsitzenden dem Reichstagspräsidenten Dr. Brüning ihr vollstes Vertrauen aus und sagte ihre Unterstützung bis zum letzten Mann zu.

Abänderungsvorschläge zur letzten Rotverordnung.

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei hat die schon angekündigten Anträge zur Rotverordnung formuliert, von deren Schicksal die Fraktion ihre endgültige Stellungnahme zur Reichsregierung abhängig machen will. Die durch die Sentung der Hauszinssteuer den Ländern und Gemeinden entstehenden Ausfälle sollen nach diesen Anträgen aus Reichsmitteln ersetzt werden. Im Finanzausgleich sollen den Ländern und Gemeinden für 1931 und 1932 die Steuern in der Höhe gewährt werden, wie sie auf Grund der Juni-Notverordnung festgelegt waren. Weiter wird verlangt, daß die Befugnisse des Reichskommissars für die Siedlung auf Antrag einer Landesregierung für das Landesgebiet einer anderen Stelle übertragen werden müssen. Die Bestimmungen über Spar- und Girokassen sollen auf Antrag einer Landesregierung für das Gebiet des Landes ganz oder teilweise außer Kraft gesetzt werden müssen. Eine weitere Änderung betrifft das Verfahren bei der Schließung von Sammelstätten staatsgefährlicher Betätigung, wo die Bestimmung gestrichen werden soll, daß der Reichsinnenminister die Aufhebung der Maßnahmen jederzeit anordnen kann. Endlich wird verlangt, daß die durch den Antrag entstehenden Aufwendungen des Reiches aus den Mietsgewinnen und aus den Reparationsersparnissen zu decken sind.

Erhöhte Polizeibereitschaft am Dienstag.

In Anbetracht des Wiedezusammentritts des Reichstages wird sich die Berliner Polizei am Dienstag wieder in erhöhter Alarmbereitschaft befinden. In Moabit beginnt außerdem vormittags der Starek-Prozess und um 12 Uhr tritt der preussische Landtag zusammen.

Das Regierungsviertel wird ganz besonders gesichert sein, ebenso die Zufahrtsstraßen zum Reichstags- und Landtagsgebäude; außerdem werden starke Polizeikräfte unterwegs sein, um eventuelle Störungsversuche bereits im Entstehen ersticken zu können.

Dietrich gegen Schacht.

Der frühere Reichsbankpräsident auf der Harzburger Tagung. — Amtliche Entgegnungen.

Berlin, 12. Okt.

Auf der Tagung der Rechtsopposition in Bad Harzburg hatte der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht scharfe Angriffe gegen die Reichsfinanzverwaltung erhoben, und die Lage der Reichsbank wie auch der deutschen Währung als bedenklich bezeichnet. Von amt-

licher Seite wird hierzu erklärt, daß die Inanspruchnahme eines Rediskontkredits zur Auffüllung des Gold- und Devisenbestandes der internationalen Uebung gegenseitiger Unterstützung der Notenbanken entspreche. Die Auslandsverschuldung sei in der Tat etwas größer als man angenommen habe, aber aus dieser Tatsache ergäben sich keine neuen Forderungen. Die Finanzwechsel, die von der Reichsbank hereingenommen worden seien, hätten zur Aufnahme der Auszahlung bei den Sparkassen genommen werden müssen. Sobald sich die zur Zeit außergewöhnlich geringe Umlaufgeschwindigkeit des Geldes wieder erhöht habe, verringere sich dieser Teil des Wechselbestandes der Reichsbank automatisch.

Vor Pressevertretern nahm Reichsfinanzminister Dietrich am Montag Stellung zu den Ausführungen Dr. Schachts. Er bezeichnet die Behauptung, die Reichsbank sei den öffentlichen Finanzinstituten zu Hilfe gekommen, als absolut unrichtig. Was die Akzeptbank betrifft, so sei es kein Geheimnis, daß sie die Aufgabe hatte, die Liquidität der Banken und Sparkassen zu beseitigen und gewisse Summen, die insbesondere bei der Darmstädter und Nationalbank und bei der Dresdner Bank festgefroren waren, wieder flüssig zu machen. Ebenso unzutreffend seien die Behauptungen, die Reichsregierung sei nicht in der Lage, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Diese Behauptungen würden am besten durch die Tatsache widerlegt, daß die Reichsregierung von den 420 Millionen schwebenden Schulden des laufenden Jahres während der letzten sechs Monate bis zum 1. Oktober 287 Millionen zurückgezahlt hat.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen ging der Minister auf die Äußerungen ein, die Dr. Schacht bezüglich der ausländischen Verschuldung Deutschlands gemacht hat. Der Minister erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß Dr. Schacht bis vor anderthalb Jahren selbst Reichsbankpräsident gewesen sei und daher ja eigentlich selbst Gelegenheit genug gehabt hätte, Klarheit über die Höhe der Auslandsverschuldung zu schaffen. Leider habe jetzt festgestellt werden müssen, daß unsere ausländische Verschuldung tatsächlich höher sei, als man bisher angenommen habe. Die Statistiken darüber seien noch nicht abgeschlossen.

Die Kommunisten wollen Hitler, Hugenberg und Schacht verhaften lassen!

Auf Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands hat die kommunistische Reichstagsfraktion nachfolgenden Antrag gestellt:

„Der Reichstag wolle beschließen: Adolf Hitler, Hugenberg, Schacht, Selbte und Dürerberg, die auf der Harzburger Tagung der sogenannten nationalen Opposition durch ihr Komplott zur Herbeiführung einer neuen Inflation sich des Hoch- und Landesverrates an den Interessen des werktätigen Volkes schuldig gemacht haben, sind sofort zu verhaften.“

Dieser Antrag der Reichstagsfraktion wurde — wie dazu mitgeteilt wird — durch die Rede veranlaßt, die Reichsbankpräsident a. D. Dr. Schacht auf der Harzburger Tagung der Rechtsopposition gehalten hat.

SPD. wartet ab.

Entscheidung erst nach der Kanzlerrede.

Berlin, 13. Oktober.

Ueber die Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird ein Bericht ausgegeben, in dem es heißt: „In der ausgedehnten Aussprache wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Zusammenkunft der sogenannten nationalen Opposition in Harzburg der gesamten arbeitenden Bevölkerung die ungeheuren Gefahren aufgezeigt hat, die ihr von der Rechten drohen. In Bad Harzburg ist auch die Lösung aufgenommen worden, wonach durch eine neue Inflation der gewerbliche Mittelstand und die breiten Massen der kleinen Sparer und Rentner zum zweiten Male zugunsten der Schwerindustriellen und Großkapitalisten enteignet werden sollen.“

Die sozialdemokratische Fraktion wird ihre Beschlüsse erst in einer neuen Sitzung fassen, die nach der Rede des Reichskanzlers am Dienstag abgehalten wird.

Politische Zusammenstöße.

Schießerei in Berlin. — Ein Toter.

Berlin, 12. Oktober.

Die Polizei teilt mit: In Lichtenberg ist es wiederum zu einem Zusammenstoß zwischen NSDAP-Angehörigen und Kommunisten gekommen.

Auf beiden Seiten wurde geschossen. Hierbei wurde der ehemalige Postausheber Kurt Nowak tödlich in die Brust getroffen. Nowak, der bis vor kurzem Mitglied der NSDAP war, hatte 13 Schuß Pistolenmunition bei sich, die ihm einer seiner Begleiter kurz vor der Schießerei zugeflickt hatte.

Zwei andere beteiligte Personen konnten bereits festgenommen werden, von denen einer schon ein Geständnis abgelegt hat.

Stürmische Erwerbslosenkundgebung.

Berlin, 12. Oktober.

Im Sportpalast fand eine vom Reichsverband der Siedler im Verein mit dem Deutschen Erwerbslosenverband einberufene Kundgebung Erwerbsloser statt. Bald nach Eröffnung der Versammlung setzte im ersten Rang ein alles überlappendes Lärm ein und eine Flut kommunistischer Flugblätter wurde in den Parketraum hinabgeworfen. Ein kommunistischer Reichstagsabgeordneter versuchte den Versammlungsleiter vom Podium herunter zu drängen und ein großer Teil der Anwesenden stimmte die Internationale an.

Als einige Mitglieder des Reichsverbandes der Siedler dem Versammlungsleiter zu Hilfe kamen und den kommunistischen Reichstagsabgeordneten vom Rednerpult herabzerrten, entstand im Saal ein allgemeiner Tumult, der in eine große Schlägerei auszuarten drohte. Minutenlang jagten die Kommunisten ihre Kampflieder und erst nachdem der Versammlungsleiter den Kommunisten eine halbständige Redezeit zugewilligt hatte, trat allmählich Ruhe ein, so daß der Referent des Tages sein Referat halten konnte.

Austrückungssperre beseitigt.

Berlin, 13. Okt. Das preussische Kabinett hat beschloßen, die Austrückungssperre für die preussischen Beamten, die in der preussischen Sparverordnung vom 12. September 1931 verfügt worden war, wieder aufzuheben. Amtlich wird diese Maßnahme damit begründet, daß das Reich nicht, wie erwartet war, eine gleiche Sparrücknahme für die Reichsbeamten angeordnet hat.

Grandis Besuch in Berlin.

Rom, 13. Okt. Der italienische Außenminister Grandi begibt sich am 25. d. M. nach Berlin, um den im vergangenen Sommer von den deutschen Ministern in Rom abgestellten Besuch zu erwidern. Das Datum des Besuchs war bereits früher festgelegt worden.

Der Goldstreif.

Helsingfors, 13. Okt. Die Aufhebung des Goldstandards in Finnland ist beschloßen worden. Der Diskontsatz wurde auf 9 v. H. erhöht worden.

London, 13. Okt. Meldungen aus Johannesburg zufolge hat Südrhodesien die Aufhebung des Goldstandards beschloßen.

Tribute sollen nicht mehr gezahlt werden.

Berlin, 12. Okt. Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages nahm bei Stimmhaltung der Regierungsparteien mit den Stimmen der Rechten einen Antrag der Deutschen Fraktion an, der das Staatsministerium erlucht, auf die Reichsregierung einzuwirken, die sofortige Revision des Youngplans zu verlangen bzw. die Einstellung jeder weiteren künftigen Tributzahlung zu veranlassen.

China droht mit Krieg.

Letzte Möglichkeit des Völkerbundes, seinen Einfluß zu beweisen.

Genf, 12. Okt.

Der chinesisch-japanische Konflikt spitzt sich immer mehr zu. China drängt darauf, daß Japan sofort die besetzten Gebiete räumt und droht mit Gegenmaßnahmen, wenn der Völkerbund keine Macht über die Japaner hat.

Der Völkerbund tritt am Dienstag zusammen und die Außenminister Briand und Lord Reading sind bereits in Genf eingetroffen. Stimmen er für Amerika, daß es Schritte des Völkerbundes begrüßen und unterstützen würde, zudem aber noch selbst Schritte bei Japan unternehmen würde. Japan lehnt die Einmischung in seine eigenen Angelegenheiten entschieden ab, und hofft mit dem Völkerbund Raß und Maus spielen zu können, wenn nicht die Mächte einzeln und mit Waffen intervenieren. Die Ermahnungen des Völkerbundes, hinter dem keine Macht steht, und die Meinung der Öffentlichkeit brauchen Japan nicht zu berühren, wenn es einen Vorteil in seinem Vorgehen gegen China erblickt. Die einzigen Mächte, die Japan entgegenzutreten könnten, sind außer China selbst Rußland und Amerika.

Rußland ist mit der Durchführung seines Fünfjahresplanes beschäftigt und wird sich diesen nicht durch einen Krieg über den Haufen werfen lassen. Amerika ist bereits von der Weltkrise erfaßt und daher gleichfalls stark gebremst, so daß man von der Anrufung der Waffen absehen dürfte. Auf Seiten Japans dürfte Frankreich stehen, das zwar keine ostasiatischen Interessen hat, aber an einem ohnmächtigen Völkerbund und der nur für die Siegerstaaten willigen Welt, eug ist, ein umso größeres Interesse hat, und daher eine wirkliche Hilfe des Völkerbundes für China hinterzuziehen wird, da sonst ja auch Deutschland einmal wirkliche Unterstützung durch den Völkerbund gegen französische Willkür finden könnte.

Entsendung einer Untersuchungskommission.

Der Vertreter Chinas im Völkerbundsrat, Sze, hat dem Generalsekretär des Völkerbundes mitgeteilt, daß er die Entsendung einer Untersuchungskommission des Völkerbundes beantrage, die nach Kintschau geschickt werden soll, um festzustellen, daß japanische Flugzeuge die Stadt Kintschau, wohin sich die chinesischen Zivilbehörden von Mukden zurückgezogen hätten, bombardiert und großen Schaden angerichtet hätten. Japan habe sich in den bisherigen Verhandlungen des Völkerbundes entschieden geweigert, seine Zustimmung zu irgend einer Art von Untersuchungskommission zu geben. Da nicht anzunehmen ist, daß sich die bisherige grundsätzliche Haltung Japans geändert hat, glaubt man in Völkerbundssekretariatskreisen, daß die chinesische Forderung des Völkerbundsrat vor eine sehr heikle Aufgabe stellt.



Hitlers Besuch beim Reichspräsidenten.

Anfer Bild zeigt das Auto Hitlers bei der Ausfahrt aus dem Präsidentenpalais, vor dessen Gittern sich große Menschenmengen eingefunden hatten. Vorn auf dem Bilde erkennt man, wie ein Demonstrant von der Polizei verhaftet wird.

Aus der Heimat

Dienstag, den 13. Oktober 1931

Das Geld muß rollen!

Nur ein Teil der Abhebungen von Spareinlagen in den letzten Monaten ist durch die wirtschaftliche Krisenlage verursacht; beträchtliche Abhebungen sind ohne wirtschaftliches Bedürfnis erfolgt. Die Verminderung der Einzahlungen vor allem ist nicht die Folge der Arbeitslosigkeit und Einkommensverminderung, sondern hauptsächlich einer unbegründeten Psychose. Das Ueberwiegen der Abhebungen über die Einzahlungen ist unerfreulich, weil es die wirtschaftlichen Verhältnisse unnötig kompliziert und erschwert. Hält diese Entwicklung an, so werden die Sparkassen zu einer ausgeprägten Rückziehung der von ihnen gewährten Kredite gezwungen, wodurch gerade die breiten Schichten des wirtschaftlichen Klein- und Mittelstandes betroffen und Arbeits- und Erwerbslosigkeit vermehrt würden. Die Unterstützung durch die Reichsbank kann naturgemäß nur vorübergehend sein.

Die Sparkassen haben die Zahlungskrise des Juli nicht verschuldet, die Sicherheit ihrer Einlagen ist völlig gewährleistet. Inzwischen sind weitere Maßnahmen getroffen worden, freiwillig, wie aus Grund der Notverordnungen, die auch psychologisch das Vertrauen zu den Sparkassen zu fördern geeignet sind. Insbesondere ist eine noch schärfere Trennung der Sparkassen und ihres Vermögens von den öffentlichen Finanzen (der Gemeinden u.) vorgenommen worden, was umso erfreulicher ist, weil dadurch ein wichtiger Beunruhigungsfaktor mancher Sparereise beseitigt worden ist. Gerüchte von einer teilweisen Beschlagnahme von Spareinlagen sind natürlich reiner Unfuss. Noch immer wird auch Unruhe in manche Sparereise hineingetragen durch Inflationsfurcht. Die tatsächlichen Verhältnisse belaufen demgegenüber nicht einen Geldüberfluß, sondern eher einen Geldmangel; außerdem ist von den verantwortlichen Stellen in Politik und Wirtschaft wiederholt klar und energisch jede, auch die kleinste Inflation abgelehnt worden. Wie stabil die deutsche Mark ist, zeigt übrigens die Tatsache, daß sie seit der Stabilisierung durch alle Krisen hindurch, auch die letzte, fest geblieben ist — im Gegensatz zu wichtigen früher nie angezeifelten ausländischen Währungen.

Zu einem guten Teil hängt das Schicksal der deutschen Wirtschaft von der Einsicht und Vernunft der Sparer selbst ab, davon, ob sie durch unnötige Abhebungen und zurückgehaltene Einzahlungen den gesunden Kreislauf des Geldes in der Wirtschaft stören und so Not und Arbeitslosigkeit für alle, auch für sie selbst, vergrößern wollen, oder ob sie wieder in der alten normalen Weise ihr verfügbares Geld einzahlen und nur bei wirtschaftlichem Bedarf abheben. Angst und Panik sind noch nie gute Lehrmeister gewesen. Steigen die Einzahlungen wieder über die Auszahlungen — in vielen Gegenden ist das erfreulicherweise wieder Normalzustand — so ist jegliche Gefährdung des Zahlungsbetriebes bei den Geldinstituten ausgeschlossen und der entscheidende Schritt im Kampf gegen die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit getan.

*** Rauchtabakbesteuerung. Der Reichsminister der Finanzen veröffentlicht im Reichsollblatt eine Reihe neuer Bestimmungen über die Rauchtabakbesteuerung. Während bisher Krüll- und Großschnitt sowie der sogenannte Feuerbegünstigte Feinschnitt nebst dem unter dem Namen Schwarzer Krauler bekannten Tabak dieselbe Steuerbelastung (35 v. H. vom Kleinverkaufspreis) trugen, wird jetzt die Steuer beim Krüll- und Großschnitt auf 32 v. H. herab, beim Feinschnitt und Schwarzer Krauler auf 38 v. H. heraufgesetzt. Dafür ist die Schnittbreitegrenze von einem Millimeter fallen gelassen worden, so daß dieser Tabak wieder im sogenannten Haarschnitt hergestellt werden kann.

* Statt Geldstrafe „Zwangsgeld“ und „Zwangsgeld“. Mit dem 1. Oktober d. J. trat in Preußen das neue Verordnungsgezet in Kraft, das gegenüber den bisher geltenden Vorschriften eine Anzahl von Änderungen bringt. Der Ausdruck „Geldstrafe“ verschwindet und macht einem sogenannten „Zwangsgeld“ Platz, um dem im Publikum weitverbreiteten Irrtum entgegenzutreten, daß die polizeiliche Geldstrafe und die eigentliche Kriminalstrafe dasselbe seien. Eine Neuerung tritt auch infolgedessen ein, als die im Falle der

Um die Einführung der „russischen Arbeitswoche“.

Der Christl.-Soz. Volksdienst hatte dieser Tage im preussischen Landtag in einer kleinen Anfrage sich gegen die Bestrebungen insbesondere der Glashütten- und der Kunstseidenindustrie auf Einführung der sonntagslosen Arbeitswoche, der sogen. „russischen Arbeitswoche“, gewandt. Wie hierzu von zuständiger Seite erklärt wird, war einer einzelnen Glashütte allerdings die Erlaubnis erteilt worden, die sonntagslose Arbeitswoche für eine bestimmte Zeit in ihrem Betriebe einzuführen. Diese Genehmigung sei mit dem 30. September abgelaufen und nicht wieder erneuert worden. Der Kunstseidenindustrie sei keine derartige Genehmigung erteilt. Wie weiter mitgeteilt wird, schwebt beim Reichsarbeitsminister ein genereller Antrag auf Zulassung der sonntagslosen Arbeitswoche für die Glashüttenindustrie, die angibt, es entstände ihr ein zu großer Schaden, wenn sie gezwungen sei, über Sonntag ihre Defen eingehen zu lassen.

Bauernbewegung in Schleswig-Holstein.

In ganz Schleswig-Holstein haben Bauernkundgebungen stattgefunden, in denen beschloßen wurde, daß alle Betriebsinhaber, die sich nicht in der Lage sahen, zu zahlen, ohne den ererbten Hof preiszugeben, beim Gericht sofort ihre Zahlungsunfähigkeit erklären sollten. Wie der Kieler Polizeibericht meldet, hat in den Geschäftsräumen des schleswig-holsteinischen Land- und Bauernbundes eine polizeiliche Durchsuchung wegen des dringenden Verdachtes der Vorbereitung zur Steuerzahlungsverweigerung stattgefunden. — In der Hauptgeschäftsstelle der vor einigen Wochen in Albersleben gegründeten Bauernorganisation „Bundschuh, Kampf- und schollentreuer Bauern“, nahm die Polizei eine Hausdurchsuchung vor und beschlagnahmte etwa 3000 Flugblätter. Die Beschlagnahme erfolgte insbesondere wegen der darin enthaltenen beleidigenden Äußerungen gegen Staatsbeamte und wegen der Aufforderung zum Streik.

Nichtarbeitbarkeit des Zwangsgeldes angeordnete Zwangs-
haft von dem Betroffenen durch Arbeit für die Gemeinde
oder einen Gemeindeverband abgeändert werden kann. Die
Polizei wird also in Zukunft die Gemeinden mit billigen
Arbeitskräften versorgen. Ob allerdings die Gemeinden mit
diesen „Zwangsarbeitern“ viel Freude erleben werden, ist
eine andere Frage.

Wetterausichten für Mittwoch: Meist bewölkt, nach
Norden zu auch geringe Niederschlagsneigung, etwas kühler,
teilweise westliche Winde.

Laasphe:

Denkt morgen an die Winterhilfe!

Die Düngung der Felder beschränkte sich vor kaum mehr
als einem halben Menschenalter fast ausschließlich auf die
Verwendung von Stalldüngern. Nicht weil diese Art
Düngung etwa falsch war, sondern weil der anfallende
Stalldünger nicht hinreichte, dem Boden diejenige Menge
Nährstoffe zuzuführen, die zu einem befriedigenden Ertrag
erforderlich waren, lohnte der Ertrag die Mühe und Arbeit
nicht, die der Landwirt, ganz besonders im Kreise Wittgen-
stein, auf seinem Boden aufwenden mußte. Mit der Ver-
wendung von Kunstdüngern als Nachhilfe bei un-
genügender Stalldüngerverwendung stieg der Ertrag in immer
zunehmenderem Maße und der Landwirt von heute, dessen
Erfahrung in der Zeit vor der Verwendung künstlicher
Düngemittel zurückgeht, wird dies bestätigen. So wichtig
also die Verwendung künstlicher Düngemittel zur Anreicherung
des Bodens ist, so ungünstig kann der Boden und auch
der Ertrag beeinflusst werden, wenn chemische Düngemittel
aus Unkenntnis wahllos zur Verwendung gelangen. Von
allen landwirtschaftlichen Lehrstellen, ganz besonders seitens
der Landwirtschaftsschule, wird daher auf sachgemäße Ver-
wendung künstlicher Düngemittel in Wort und Schrift immer
wieder hingewiesen. Auch in vielen Versammlungen des
Landwirtschaftlichen Kreisvereins ist über dieses Thema schon
oft und erschöpfend gesprochen worden. Wenn es trotzdem bei
vielen Landwirten immer noch an der erforderlichen Klarheit
in dieser Beziehung mangelt und der Ertrag trotz ansehn-
licher Ausgaben für Düngemittel hinter den Erwartungen
zurückbleibt, so ist dies der beste Beweis für den Nicht-
besuch landwirtschaftlicher Versammlungen und die un-
genügende theoretische Ausbildung des landwirtschaftlichen
Nachwuchses. Der Besuch der Landwirtschaftsschule ist daher,
wie auch unlängst schon ausgeführt wurde, für den Landwirt
von heute ein unbedingtes Erfordernis. Wenn oben gesagt
wurde, daß eine unsachgemäße Kunstdüngergabe sowohl den
Boden als auch den Ertrag ungünstig beeinflussen kann, so
muß doch der Auffassung entgegen getreten werden,
daß die Verwendung von Kunstdünger überhaupt ge-
sundheitsschädlichen Einfluß auf Menschen und Vieh haben
kann, wie beispielsweise durch den Genuß von Kartoffeln,
zu deren Anbau Kunstdünger verwendet wurde. Dieses
Märchen vom gesundheitsschädlichen Einfluß wird immer
wieder verbreitet zu dem offensichtlichen Zweck, für die Erträge
von Feldern mit ausschließlich Stalldüngung Propaganda
zu machen. Diese Art Landwirte rechnen mit der Allseitig-
keit der Käufer und läßt sich auf diese Weise ihre Kar-
toffeln gut bezahlen. Es sollte ohne weiteres einleuchten,
daß ausreichende Untersuchungen in dieser Richtung an-
gestellt worden sind und daß gegenteilige Behauptungen rein
selbsttätigen Motiven entspringen. Man lasse sich daher in
keiner Weise betören und kaufe die Kartoffeln, die sowohl
von der Landwirtschaftskammer, als auch vom Kreisverein
empfohlen sind. Betrachtungen anzustellen über die Art der
Düngung überlasse man ruhig den Stellen, die dazu berufen
sind.

*** Keine Abwässer in die Straßengraben gießen!** Wir
werden gebeten, die Einwohner der Laasphe darauf hin-
zuweisen, daß das Ausgießen von Abwässern in den
Straßengraben verboten ist. Stellenweise ist durch das Fort-
gießen der Straßengräben vollständig ausgewaschen worden.

*** Geographie schwach!** Nachdem wir bereits gestern
von „Mittigen“ Bericht erstattet eines Kasseler Abend-
blattes berichteten, läßt dieser „Ausschnitt“ auch eine Kasseler
Morgenzeitung anscheinend nicht müßig sein. So berichtet sie
in ihrer heutigen Nummer von einer schweren Explosion in
folgender Notiz: „B. Laasphe, 12. Okt. Im Hause des
Mechanikers Steinhoff in Grebenbrück ereignete sich eine
schwere Explosion, die leider ein Menschenleben forderte. In
dem Kühlhaus der Metzgerei hielten sich ein Klempner
und ein Metzgergehilfe auf. Plötzlich erschütterte eine Ex-
plosion das ganze Haus. Während der Klempner nur beiseite
geschleudert wurde, erlitt der Metzgergehilfe schwere Ver-
letzungen, daß er bald darauf starb. Ein Brand konnte durch
das sofortige Eintreffen der Wehr vermieden werden. Man
ist noch mit der Untersuchung der Ursache beschäftigt.“ —
Auch hier erlirbt sich jeder Kommentar!

**** Banke.** Wie uns von beteiligter Seite mitgeteilt
wird, handelt es sich bei dem in Nr. 236 unseres Blattes
mitgeteilten Diebstahl keineswegs um einen solchen, sondern
um eine in angetrunkenem Zustand vorgenommene Ver-
wechslung.

**** Wallau.** Tagung des Jung-Handwerker-
bundes. Zum ersten Male seit dem Bestehen des Jung-
handwerkerbundes hatte der Bund am Sonntagmittag
eine größere Versammlung nach hier anberaumt. Der Bund,
welcher den Zusammenschluß aller Jung-Handwerker im Kreise
eifrig betreibt und es sich zur Aufgabe macht, neben der
Förderung beruflicher Interessen auch die geistige Arbeit zu
heben, konnte eine stattliche Zahl Jungmänner im Tagungs-
lokal Heinkel begrüßen. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein
Vortrag des 2. Vorsitzenden, Schreinermeister Schmidt aus
Wallau über das Thema „Ueber den Wert der Persönlich-
keit“. Der Redner entwarf in kurzen Zügen ein Bild über
den ehemaligen Handwerkerstand, dessen Tugenden stets
Pflichtbewußtsein und Reinheit gewesen seien. Er ermahnte
die Jugend zu gleicher Tat und Gesinnung und wies dann
auf den Wert echter deutscher Jugendbildung hin. Der
Bund wird nun weiter einen Bücheraustausch vornehmen,
um die Jugend mit guter Lektüre zu versehen. Weiter wird er
eifrig den Stellenaustausch fördern und die Jugend dazu an-
halten, Beschäftigungen alter, guter Kunst vorzunehmen.

— Breidenbach. Arbeitslose helfen sich selbst.
Ein schönes Zeichen von Solidarität lieferten dieser Tage
einige hiesige Arbeitslose. Einem ihrer Schicksalsgenossen war
es infolge seiner wirtschaftlichen Notlage unmöglich, seinen
Acker zum Herbst zu pflügen. Daraufhin fanden sich vier
weitere Arbeitslose zusammen, die sich in den Pflug spann-
ten und das Feld umwarfen.

Aus Nah und Fern.

— Straßburg. Eine Falschmünzwerk-
statt aufgedeckt? Am Samstag nachmittag irrten hier
Beamte der Straßburger Kriminalpolizei, die bei einem Ein-
wohner, der im Verdacht steht, seit längerer Zeit Falschgeld
hergestellt zu haben, eine Hausdurchsuchung vornahmen. Bei den
Falschmünzern soll es sich um Papiergeld, und zwar um Zehn-
mark-Scheine, handeln. Wie es heißt, soll eine Verhaftung
vorgenommen worden sein. Näheres, insbesondere über den
Umfang der Falschungen war noch nicht zu erfahren.

— Hitzheim. Absturz mit dem Segelflug-
zeug. Am Samstag nachmittag ereignete sich auf dem
Segelfluggelände zu Hitzheim abermals ein schwerer Un-
glücksfall. Ein Jungflieger der Gruppe Lüddecke stürzte
mit seiner Maschine ab und zog sich beträchtliche Ver-
letzungen an den Beinen zu und erlitt eine schwere Gehirn-
erschütterung. Der junge Mann wurde sofort dem Kranken-
hause eingeliefert.

— Elm. Glodengießer August Rinder f.
Im Alter von 67 Jahren ist nach längerem Kranksein der
Seniordirektor der Elm Glodengießerei, die bei einem Ein-
wohner, der im Verdacht steht, seit längerer Zeit Falschgeld
hergestellt zu haben, eine Hausdurchsuchung vornahmen. Bei den
Falschmünzern soll es sich um Papiergeld, und zwar um Zehn-
mark-Scheine, handeln. Wie es heißt, soll eine Verhaftung
vorgenommen worden sein. Näheres, insbesondere über den
Umfang der Falschungen war noch nicht zu erfahren.

— Radfahler Schulabbau in Hesse. Von dem Schul-
abbau, durch den in Preußen 600 Lehrstellen eingespart
werden sollen, wird Hesse, der kleinste Bezirk Deutschlands,
in besonderem Maße betroffen, denn von diesen 6000
soll Hesse allein 418 Stellen tragen, sodaß auf das Hesse-
land 9,8 Prozent der Gesamtmaßnahme Preußens entfallen.
Während der Klassendurchschnitt in Preußen nach der letzten
amtlichen Statistik 39 beträgt, beträgt der hiesige Klassen-
durchschnitt schon jetzt 44,5, ist also wesentlich höher als in
Preußen.

— Hamm-Minden. Den Klassenprimus totge-
schlagen. Hier hatte der Volksschüler Heinz Stöckner das
beste Klassenzeugnis erhalten und war von seinem Lehrer
vor seinen Mitschülern deswegen gelobt worden. Auf dem
Heimweg fielen seine Klassenkameraden über ihn her und
mißhandelten ihn derart, daß er nach einigen Tagen starb.
Die Jungen haben den Schüler, weil er das beste Zeugnis
hatte, zu Tode geißelt.

— Leipzig. Der Prozeß um den Welfenfonds.
In dem Prozeß um die Aufwertung des 40 Millionen
Friedensmark betragenden Welfenfonds hat der 7. Zivilsenat
des Reichsgerichts in Leipzig die Entscheidung des Kammer-
gerichts Berlin, durch die der preussische Staat gegenüber
dem Gesamtkauf Braunschweig-Lüneburg dem Grunde nach
zur Aufwertung der beschlagnahmten Ausgleichssumme für
verpflichtet erklärt wurde, durch Zurückweisung der Re-
vision des preussischen Staates bestätigt. Zur Begründung
führte der Senat aus, daß die Voraussetzungen zur An-
wendung des Reichsgesetzes vom 16. 12. 29 und des preuß.
Gesetzes über die landes- und standesherrlichen Ansprüche
vom 26. 6. 31 nicht vorlägen. Infolgedessen bestünde auch
der Spruch des Kammergerichts, daß von 1924 an Zinsen
zu zahlen seien, zu Recht. In welcher Höhe den all-
gemeinen Grundsätzen des § 242 BGB. entsprechend dem-
nächst eine Aufwertung zu erfolgen hat, stand gestern nicht
in Frage. Das Reichsgericht hatte jetzt nur über den An-
spruch überhaupt zu entscheiden.

Königliche Reichsbahnbeamte unter Betrugsverdacht. In
Koblenz wurde der Inhaber der Spektationsfirma Erben
unter dem Verdacht, umfangreiche Betrugsereien verübt zu
haben, verhaftet. Erben soll in Gemeinschaft mit etwa fünfzig
Reichsbahnbeamten den Staat in der Weise geschädigt haben,
daß er im Einvernehmen mit den betrügerischen Beamten
Rechnungen ausstellen ließ, in denen für die Umzüge der
von und nach Koblenz verkehrten Beamten höhere Beträge
eingesetzt wurden. Der unrechtmäßige Gewinn wurde dann
von den amtlichen Berechnungsstellen eingezogen. Die Fälle
sollen zum Teil bis kurz nach Kriegsende zurückgehen.

Die Postkutsche lebt noch. Die brave alte Postkutsche ist
durchaus noch nicht ausgestorben. Sie führt vielmehr in
Bayern ein noch recht lebhaftes Dasein. Innerhalb der
weißblauen Grenzpfähle gibt es laut Kursbuch die städtische
Zahl vor 216 Pferdpostkutschen. Auf dem Rutscherod sieht
wie ehemals der Postkutscher im hellblauen Uniformrock, der mit
silbernen Knöpfen und silbernen Treppen reich geschmückt ist.
In hohen Reitstiefeln stehen die weißen Hosen. Auf dem
Kopf des Postkutschers thronet der Lachhut, ebenfalls silber-
verzinkt. Auch das Posthorn fehlt nicht und wird noch recht
eifrig geblasen.

Verurteilter Brandstifter. Das Gericht in Memmingen
verurteilte den lebigen Kellner Emil Jöpsl von Memmingen,
der zu der Bande gehörte, die in letzter Zeit das Allgäu
durch zahlreiche Einbruchsdiebstähle unsicher machte, wegen
schwerer Diebstahls im Rückfall zu 1 Jahr und 2 Monaten
Zuchthaus. Jöpsl beging auch Einbrüche in Buxheim in einer
Wirtschaft und in Wöringen ebenfalls in einer Wirtschaft.
Dabei fielen ihm 750 Mark in die Hände.

In der Badewanne ertrunken. In Berlin-Reinick-
endorf ertrank der neun Jahre alte Klaus von Polter, als
er mit seinem sechsjährigen Bruder zusammen in der Bade-
wanne spielte. Die Mutter der beiden Kinder richtete in
der Küche das Abendbrot. Als sie längere Zeit von den
Jungen nichts hörte, ging sie in die Badewanne und fand
Klaus ertrunken im Wasser liegen, während sein Bruder stark
vor Schrecken nicht wagte, sich zu rühren. Die sofort alarmierte
Feuerwehr bemühte sich vergebens, den Ertrunkenen wieder ins
Leben zurückzurufen. Ueber die Ursache des Unglücks war aus
dem Sechsjährigen nichts herauszubekommen.

Ein geisteskranker Schöffe. Ein wohl einzig dastehender
Vorgang spielte sich vor dem kleinen Schöffengericht Berlin-
Charlottenburg ab. Während einer Verhandlung be-
zweifelte man die Zurechnungsfähigkeit eines Schöffen, der
wilde Reden führte, und dem Angeklagten zurief: „Ich habe
nicht anlagelt, ich habe Dir doch immer die Stiefel bespöht.“
Der Angeklagte erklärte, daß er den Schöffen überhaupt nicht
kenne. Das Gericht sah sich schließlich genötigt, die Verhand-
lungen abzubrechen.

Sehite Nachrichten.

Rücktritt Höpfer-Mschoffs.

Berlin, 13. Okt. Der preussische Finanzminister Dr.
Höpfer-Mschoff ist gestern zurückgetreten. Der Minister ent-
schloß sich zum Rücktritt, nachdem er in der gestrigen Sitzung
des Staatsministeriums bei der Beschlussfassung über die
Aufhebung der Abrechnungssperre überstimmt worden war.
Er glaubt, die Verantwortung für die Durchbrechung der
Notverordnung nicht tragen zu können.

Schon wieder!

Braunschweig, 13. Okt. Das altangesehene Bankhaus N.
S. Nathalion Nachfolger hat sich gezwungen gesehen,
seine Zahlungen einzustellen.

Schnelle Aufklärung eines Raubmordes.

Greifswald, 13. Okt. Der Arbeiter Lüddecke und die Wan-
derburschen Lüddecke und Steinbückel wurden aus einem Ei-
senbahnzug heraus verhaftet. Die beiden Erstgenannten
hatten in der Nacht zum Sonntag den 50-jährigen Kolonial-
warenhändler Gabel aus Stralsund nach einem gemein-
samen Zechgelage ermordet und beraubt. Die Täter haben
bereits ein Geständnis abgelegt.

17 Todesopfer des Gdinger Explosionsunglücks. Die Ex-
plosionstafel in Gdingen hat — wie jetzt festzu-
stellen scheint — insgesamt 17 Todesopfer gefordert. Die
Beisehung von 11 Todesopfern erfolgte am Montag früh
9 Uhr.

Ausweisung Münchner Flieger aus Frankreich. Die bei-
den Münchner Flieger Bäumer und Rainer, die das
Flugzeug nach Frankreich gebracht hatten, mit dem der Ita-
liener di Bosis über Rom antisemitische Propagandaschri-
ften abgeworfen hatte, wurde in Marseille ein Auswei-
sungsbeschluss mit dem Vermerk zugesellt, daß sie Frankreich
sofort zu verlassen hätten. Auf ihren Wunsch wurde ihnen
gestattet, das Verkehrsflugzeug Marseille-Genf-Stuttgart
zu benutzen.

Wachsende Arbeitslosigkeit in allen Ländern. Das In-
ternationale Arbeitsamt veröffentlicht eine Mittei-
lung über den Stand der Arbeitslosigkeit in den verschie-
denen Ländern, aus der hervorgeht, daß in den europäischen
und in den überseeischen Ländern die Arbeitslosigkeit gegen-
über dem Vorjahre überall erheblich zugenommen hat. An
der Spitze steht Deutschland, das die meisten Arbeits-
losen zählt. Aus der Aufzeichnung ergibt sich, daß Länder,
die in der gleichen Zeit des Vorjahres von der Krise beinahe
verschont geblieben waren, wie z. B. Frankreich, inzwischen
auch bedeutend mehr Arbeitslose haben. Während sonst all-
gemein erst im September die Arbeitsmarktlage schlechter
zu werden beginnt, wird für dieses Jahr festgestellt, daß
bereits im Juli die ungünstige Entwicklung eingeleitet hat.
Das Internationale Arbeitsamt erklärt, daß man sich auf
einen besonders ersten Winter in Bezug auf die Arbeits-
losigkeit gefaßt machen muß, wenn nicht in aller Kürze eine
föhlbare Behebung der Weltwirtschaftskrise einsetzt.

Krieg den Ratten!

Nach Berichten aus den verschiedensten Gegenden des
Reiches, vor allem aber aus Nord- und Westdeutschland,
hat die Zahl der Ratten im Laufe dieses Sommers er-
schreckend zugenommen. Ähnliche Meldungen kommen auch
aus Holland, Belgien und Nordfrankreich. In einzelnen
Hafenstädten kann man die Zahl der Tiere auf runde Mil-
lionen schätzen, aber auch die Städte des Binnenlandes sind
von der verheerenden Plage nicht verschont geblieben. So
wird zum Beispiel aus Reddinghausen gemeldet, daß der
Bestand an Kleingeflügel durch die Ratten dezimiert worden
sei. Die Stadt hat eine Reihe von Abwehrtagen abgesetzt, an
denen mit Fanggeräten und Gift gegen die Tiere vorgegangen
werden soll. Außerordentlich gefährlich sind die Ratten weiter-
für die Landwirtschaft, gerade jetzt zur beginnenden Winter-
zeit drohen die Tiere in die gefüllten Scheunen einzubrechen
und in die Hühnerställe, wo sie an Getreide und Eiern die
Nahrung finden, die ihnen zur warmen Jahreszeit auch
draußen geboten ist. Die Hamburger Hafenbehörde, die auch
einen Großkampf gegen die Ratten in den Silos und Lagern
plant, schätzt, daß eine Ratte in einem Jahre rund 38 Kilo-
gramm Brotgetreide frisst. Daraus mag man ersehen, welchen
Schaden die Rager in Haus und Hof anrichten. Es handelt
sich bei dieser Plage um die graue Wanderratte, die auf i,rem
Ost-West-Zuge die kleinere, schwarze Hausratte schon fast
vollkommen verdrängt hat. Gegen diese großen Tiere kann
auch unsere Hauskate viel weniger ausrichten als gegen die
Hausratten. Wir wissen daher mit den Mitteln, mit denen
wir uns bisher geholfen, in den Rattenkrieg ziehen.



Winternot der Erwerbslosen.

Auf den großen Kohlenhöfen im Ruhrgebiet erscheinen jetzt
die Erwerbslosen zu vielen Hunderten und suchen sich aus
den riesigen Schladenhäufen die Kohlenbrocken heraus, die
sie auf allen möglichen und unmöglichen Wägelchen nach
Hause schaffen.

Gurgie auch auf der Straße!

natürlich trocken mit

RM 1.- u. 2.-

Wohlmei

Die Sprengstoff-Funde.

Die Funde bei Petershain und bei Caputh.

Berlin, 14. Oktober.

Die Untersuchung gegen den Dienstknecht Kurt Barthel ist in Berlin nunmehr abgeschlossen.

Es hat sich kein Anhaltspunkt dafür ergeben, daß Barthel in irgend einem Zusammenhang mit den Eisenbahnattentat in Jüterbog steht. Vom Amtsgericht in Götting ist aber gegen ihn Haftbefehl wegen schweren Diebstahls und Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz erlassen. Barthel wird daher in den nächsten Tagen nach Götting übergeführt werden. Die in Petershain gefundenen Sprengstoffe sind nach dem Ergebnis der Ermittlungen in Jüterbog nicht verwendet worden. Für die Berliner Untersuchungskommission ist aus diesem Grunde die auf Barthel weisende Spur erledigt.

Im Walde bei Caputh fand ein Potsdamer Kaufmann beim Pilzfuchen einen Pack, den er öffnete. Er entdeckte, in Zeitungspapier gehüllt, 33 Stäbe von je zehn Zentimetern Länge und 2,5 Zentimetern Durchmesser. Da ihm der Fund verdächtig vorkam, nahm er zwei Stäbe mit nach Potsdam und benachrichtigte die Kriminalpolizei. Diese erkannte sofort, daß es sich um den gefährlichen Sprengstoff Pikrinsäure handelt. Das Zeitungsblatt, in das die Pikrinsäure verpackt war, ist eine Nummer 3 vom 4. Januar 1922 des Parteiblattes „Der Volkswille“, das seinerzeit von der USPD für die Mark Brandenburg herausgegeben wurde, aber schon lange nicht mehr existiert.

Der Jüterboger Attentäter.

Ist es Matsushita?

Berlin, 13. Okt. In der Angelegenheit des in Wien verhafteten Matsushita teilt die Kriminalpolizei Berlin u. a. mit, die Tatsache, daß Matsushita am 30. Juli 1931 10 Kilogramm Ersatz, 100 Sprengkapseln und 100 Glühbirnen kaufte, würde schon an sich — zunächst rein zeitlich — die Möglichkeit begründen, daß diese Beschaffung von Sprengmaterialien mit dem Eisenbahnattentat in Jüterbog in Verbindung steht.

Seinen eigenen Erklärungen zufolge ist Matsushita mehrfach in Berlin gewesen. Aus seiner Wiener Wohnung war er insbesondere auch in der Zeit vom 5. bis 11. August dieses Jahres abwesend. Ueber seinen Aufenthalt während dieses Zeitraumes kann er keine befriedigende Auskunft geben. Das Attentat bei Jüterbog wurde am 8. August abends ausgeführt.

Die Beschaffung der erforderlichen Materialien fiel in die Zeit vom 6. bis 8. August. Die Ladeninhaber erklärten nach den ihnen vorgelegten Bildern mit der gebotenen Vorsicht, daß die Möglichkeit einer Identität mit dem Materialkäufer gegeben sei.

Das Lübecker Kindersterben.

Der Prozeß um das Calmette-Verfahren gegen Tuberkulose.

Lübeck, 12. Oktober.

In der zum Gerichtssaal umgestalteten Turnhalle nahm vor der Strafkammer unter dem Vorsitz von Amtsgerichtsrat Wilmel der Prozeß um das Lübecker Kindersterben seinen Anfang. Angeklagt wegen fahrlässiger Tötung bzw. fahrlässiger Körperverletzung sind der durch sein Tuberkulosepräparat bekannte Professor Dr. Doyke, der Leiter des Lübecker Kinderhospitals, Professor Dr. Klog, der Leiter des Lübecker Gesundheitsamtes, Obermedizinalrat Dr. Althoff und die Laboratoriumsschwester Anna Schüge. Die Anklage wird durch Obermedizinalrat Dr. Lindau und Staatsanwalt Freiherr von Beust vertreten. Als Verteidiger bzw. als Rechtsvertreter der als Nebenkläger zugelassenen Eltern der verstorbenen Kinder sind nicht weniger als 14 Rechtsanwälte, darunter Professor Alsborg und Dr. Frey-Berlin, aufgetreten.

Ueber 40 Zeugen werden vernommen und 16 Sachverständige, hervorragende Vertreter der deutschen medizinischen Wissenschaft, gutschäftlich gehört werden. Das Reichsgesundheitsamt und andere Behörden, sowie die Ärzteschaft, die Universitäten und die Krankenkassen haben Vertreter entsandt. Das große Interesse der Öffentlichkeit für den Prozeß zeigt sich auch in der außerordentlich starken Teilnahme der in- und ausländischen Presse, die durch etwa 50 Berichterstatter vertreten ist. Vor dem Gerichtsgebäude hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden, die aber nur teilweise als Zuhörer Zutritt erhalten konnte.

Zu Beginn der Montagsverhandlung unternahm Rechtsanwalt Dr. Bittern-Lübeck, der als Rechtsbeistand der Eltern fungiert, einen überraschenden Vorstoß gegen die Zuständigkeit des Gerichts. In einer langen Rechtsbegründung führte er aus, daß die Anklage nach dem Gerichtsverfassungsgesetz vor das Schöffengericht gehöre. Durch die Notverordnung sei die jetzige Zusammenlegung des Gerichts erforderlich geworden. Es sei so eine Tatsacheninstanz geschaffen, durch die eine Berufung unmöglich gemacht worden sei. Er gab dem Gericht anheim, zu beschließen, ob es zuständig oder nicht zuständig sei.

Nach zweistündiger Beratung des Gerichts verkündete und begründete der Vorsitzende den Beschluß: Der Antrag, das Gericht für unzuständig zu erklären, und die heutige Hauptverhandlung zu verlagern, wird abgelehnt. — Darauf wurde in die weitere Verhandlung eingetreten. Die Anklage lautet auf fahrlässige Tötung und fahrlässige Körperverletzung bei Anwendung und Durchführung der Calmette-Fütterung. Die Verletzung der Pflicht der gestorbenen Kinder wurde im Saale mit tiefem Schweigen entgegengenommen. Als erster Angeklagter wurde Obermedizinalrat Dr. Althoff vernommen.

Unterschied in Kent. — Fünf Tote. Ein mit vier Personen besetzter Kraftwagen und ein Motorrad, auf dem sich zwei Personen befanden, prallten bei Maidstone (Kent) in voller Fahrt aufeinander, überschlugen sich und gerieten in Brand. Den Augenzeugen der Katastrophe gelang es, einen Verunglückten mit lebensgefährlichen Brandwunden zu bergen. Die anderen fünf jungen Leute unter 21 Jahren kamen in den Flammen um.



42

Wolfgang Schröder verabschiedete sich schnell, nahm sich nicht mehr Zeit, in seine Wohnung zu fahren, bat den Alten, dorthin einen Boten zu senden, und lag eine halbe Stunde später im Nachschlaf nach Rio.

Wolfgang Schröder war am Sonntag morgen in Rio angekommen, hatte beim Portier der Bank die Privatadresse des Direktors Stenglin erfahren und war mit dem Fährdampfer nach Niterop hinübergefahren. Seit Monaten die trostlose Stadtwüste von Sao Paulo gewohnt, war er wieder überwältigt von der Schönheit der Märchenbucht, dann aber, als er durch die sonntäglich stillen Straßen der Villenstadt Niterop schritt, war ihm bekommen zumut, und er fühlte das Selbstsame seines Unternehmens.

Eine junge Dame stand an der Tür des Vorgartens, als er eintreten wollte.

„Ist es möglich, trotz des Sonntags in einer sehr dringenden Angelegenheit Herrn Direktor Stenglin zu sprechen?“

Sie suchte in seinem Gesicht.

„Haben wir uns nicht schon gesehen?“

„Dawohl, gnädiges Fräulein. Wir sind auf demselben Schiff von Deutschland herübergekommen, aber ich glaube nicht, daß Sie sich erinnern.“ Wolfgang Schröder.

„Sie haben sich recht verändert, Herr Schröder. Ich hatte Sie jünger im Gedächtnis.“

Es fiel ihm wohl auf, daß Adeline Stenglin blaß geworden war und verstimmt wurde.

„Ich werde meinen Vater fragen.“

Bald darauf wurde Wolfgang in das kleine Empfangszimmer geführt, in dem Alexander so oft gesessen hatte, und Direktor Stenglin trat ein.

„Sie wünschen?“

Adeline hatte den Vater schnell zugerufen, daß der Besucher ein Freund Alexanders auf der „Berra“ gewesen, und so war die Begrüßung nicht allzu freundlich.

„Ich muß um Entschuldigung bitten. Ich komme in einer sehr peinlichen Angelegenheit.“

Stenglin sah ihn scharf an.

„Kommen Sie im Auftrage des Herrn Alexander Montanus?“

„Im Gegenteil.“

Er erschrak selbst über die Worte, die ihm unwillkürlich herausfuhren.

„Dann also?“

Noch immer sehr zurückhaltend, deutete der Direktor auf einen Stuhl.

„Bitte, erlauben Sie, daß ich zuerst ein paar Worte von mir spreche, die meine heutige Absicht wenigstens erklären. Ich bin vor einigen Monaten mit der „Berra“ aus Deutschland gekommen.“

Weil sich mir sofort deutlich zeigte, daß für einen mittellosen Ingenieur ohne Empfehlung hier wenig zu machen, reiste ich sofort nach Sao Paulo. Herr Enrico Müller, von dem ich weiß, daß er zu Ihren Freunden gehört, stellte mich zuerst probeweise ein. Es gelang mir, mich schnell hinaufzuarbeiten, und kurz vor seinem Tode hat er mich auf zehn Jahre zum Betriebsleiter gemacht. Ich muß ihn unendlich dankbar sein.“

Noch immer war Stenglin misstrauisch.

„Ich glaube, mein Freund Don Enrico hat in den letzten Tagen manches voreilig getan. Das heißt —“

Als er in das erste Auge Wolfgangs sah, tat ihm seine Rede leid, aber dieser schien gar nicht gekränkt zu haben.

„Herr Direktor, der Schritt, den ich in dieser Stunde tue, ist sehr fühlbar, aber Herr Müller hat mir das Ehrenwort abgenommen, mit meiner ganzen Kraft über die Zukunft des Werkes zu wachen und seine Tochter vor jedem Mißgeschick zu bewahren.“

Stenglin horchte auf.

„Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, daß Fräulein Müller sich ganz plötzlich auf den Wunsch ihres Vaters mit Herrn Alexander Montanus verheiratete.“

„Mit Ihrem Freunde.“

„Wir haben auf der „Berra“ zusammen Skat gespielt, aber ich glaube nicht, daß Herr Montanus mich je als Freund betrachtete. Ich glaube, unsere Wesensart ist allzu verschieden.“

„Ich will es Ihnen wünschen.“

„Ich komme auch nicht hierher, um mich über Herrn Montanus zu beschweren, sondern mit einer großen, herzlichen Bitte.“

„Dieser ernste, einfache, junge Mann gefiel dem Direktor immer besser.“

„Was soll ich tun?“

„Helfen Sie! Retten Sie Fräulein Müller — nein, Frau Montanus, von der ich weiß, daß sie Sie als väterlichen Freund verehrt hat, und retten Sie die Müllerwerke.“

„Was ist denn geschehen?“

„Sie stehen vor dem sicheren Zusammenbruch.“

„Durch Montanus?“

„Ich will ihm nicht Unrecht tun. Ich habe ihn eine Zeitlang für einen schlechten Menschen, für einen Hochstapler gehalten, aber das ist er nicht. Dem Gegenteil und obgleich ich weiß, daß er mein Feind ist und mich längst entlassen haben würde, wäre mein Vertrag nicht unkündbar, muß ich zugeben, daß er arbeitet, daß er sich bemüht, zu organisieren. Er ist mit der Rolle im verborgenen, die ihm Herr Müller zubachte, nicht zufrieden. Er hat Ehrgeiz, aber leider keinen Blick über das Mögliche. Er hat sich in alle möglichen phantastischen Dinge eingelassen, hält Männer für seine Freunde, die das Gegenteil sind und —“

„Herr Müller hat mir vor seinem Tode geschrieben, daß seine Tochter allein zu verfügen habe.“

„Gott sei Dank, daß Sie das wissen, aber — Frau Montanus liebt ihren Mann, ist stolz auf seinen Fleiß und —“

Stenglin fragte kurz:

„Sie tun ihm Unrecht. Ich bin überzeugt, daß er seine Frau liebt und sich selbst nur in seinen Fähigkeiten überschätzt. Ich weiß, daß dieser Besuch mir die Stellung kosten wird. Gleichviel. Ich sehe, daß alles zugrunde geht. Ich will wenigstens dem Toten und der Lebenden gegenüber meine Pflicht erfüllen.“

„Und — was soll ich tun?“

„Kommen Sie mit mir nach Sao Paulo und sehen Sie, was noch zu retten ist. Tun Sie es nicht, weil ich Sie bitte. Tun Sie es um des toten Herrn Müller, der ein Vorkämpfer des Deutschtums war, und um der jungen Frau willen, die —“

Ganz plötzlich fühlte Wolfgang, daß seine Nerven nachgaben, und er hätte fast laut losgeheult, bekam sich aber wieder in die Gewalt.

„Aber wenn ich mit Ihnen fahre, wird man erfahren, daß Sie mich geholt haben?“

„Es handelt sich nicht um mich, sondern darum, daß ich mein Wort halte. Ich werde schon eine andere Stellung finden, wenn auch nicht gleich als Betriebsleiter.“

(Fortf. folgt.)

Dort in der heiligen Stadt, wo Kampf und Schmerz nicht ist, und es kein Scheiden gibt, bring' mich, Herr Jesu Christ. Wo das ewigle Ramm Preis und Andeutung fand, da allein kann nur sein mein wahres Heimatland!

Codesanzeige.

Nach Gottes unerforschlichem Ratsschluf verstarb plötzlich am Montag früh um 1/5 Uhr unsere innigstgeliebte Tochter, Schwester und Schwiegertochter

Frieda Kraft

geb. Roth

im blühenden Alter von 26 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Familie Roth, Laasphe.

Familie Kraft, Siegen-Marienberg.

Laasphe, den 13. Oktober 1931.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 15. Oktober 1931, nachmittags 1/4 Uhr in Laasphe statt.

Von Beileidsbesuchen bitten wir dankend absehen zu wollen.

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister, B Nr. 1, ist bei der Firma Hesse-Nassauischer Hüttenverein, G. m. b. H. in Steinbrücken, Zweigniederlassung Amalienhütte, heute eingetragen: „Die Prokura von Carl Brühl in Viedenkopf = Ludwigshütte ist durch Ausscheiden aus seinem Amt infolge Pensionierung erloschen.“

Laasphe, den 4. Oktober 1931.

Amtsgericht.

Bekanntmachung.

An die umgehende Ablieferung der Hauslizenzen wird erinnert.

Laasphe, den 10. Okt. 1931.

Der Magistrat: Pränger.

Defen

Herde

Kesselöfen

A. Mittelman,

Laasphe.

Sie kaufen äußerst billig bei mir

Leinölfrisch, Lacke, Pinsel, freihandfertige Farben für Außen- und Innen-Anstriche, ferner Pinsel, Tapeten, Carbolnium, Leinölfrisch und alle anderen einschlägigen Artikel.

Wittgensteiner Drogerie,
Max Hinz, Laasphe i. W.

Schwache Nerven

sind die Grundursachen der meisten Krankheiten. Bei Blutmangel, Herzklopfen, Schwächezuständen aller Art, Zittern, Appetitlosigkeit, nervösen Magenbeschwerden soll man Doppelherz, das anerkannte Nervenkräftigungsmittel nehmen. Verblüffende Erfolge. Probeflasche M 2,50 große Flasche 4,50 u. 5,50

Niederlage:

Wittgenst. Drogerie Max Hinz

Frankfurter Produktbörse vom 12. Oktober: An der heutigen Produktbörse notierten bei stetiger Tendenz: Weizen, inl. 22,75; Roggen, inl. 22; Sommergerste 17,5 bis 18; Hafer, inl. 16 bis 16,75; südd. Weizenmehl, neue Mahlung 35,75 bis 36,50; Sondermahlung 33,75 bis 34,50; Niederweizen, Weizenmehl 35,75 bis 36,75; Sondermahlung 33,75 bis 34,25; Roggenmehl 30,25 bis 31,25; Weizenkleie, fein 8,15; Roggenkleie 8,75 Markt.

Frankfurter Schlachtviehmarkt vom 12. Oktober: Auftrieb: 1642 Rinder, davon 410 Ochsen, 214 Bullen, 506 Kühe, 480 Färsen, ferner 484 Kälber, 63 Schafe, 5500 Schweine. Bezahlt wurden pro 50 Kilogramm Lebendgewicht in Reichsmark: Ochsen 36 bis 38, 32 bis 35, 27 bis 31; Bullen 28 bis 32, 24 bis 27; Kühe 27 bis 30, 23 bis 26, 18 bis 22; Färsen 36 bis 39, 32 bis 35, 27 bis 31; Kälber —, 46 bis 49, 40 bis 45, 34 bis 39; Schafe nicht notiert; Schweine —, 51 bis 54, 50 bis 53, 48 bis 53, 42 bis 50, 42 bis 48. — Markterlöse: Rinder schlecht, Ueberhand, Kälber langsam geräumt, Schafe langsam geräumt, Schweine schlecht, Ueberhand.

Auto-

fahrten

Omnibus-

fahrten

Fernruf 100

In 3 Tagen

Nichtfraudier.

Auskunft kostenlos!

Sanitas-Depot,

Halle a. S. 181 W

Alle

Druck-

sachen

liefert

Buchdruckerei

Ernst

Schmidt

Laasphe.